

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telefax: 08 86 846 pabn d



Inhalt

Rudolf Dreßler MdB, AfA-Bundesvorsitzender, warnt vor einem nationalen und internationalen Sozialkrieg. Seite 1

Wolfgang Clement, SPD-Vorstandssprecher, sieht den Bundeskanzler auf dem Weg des mühsamen Begreifens wirtschaftlicher Sachverhalte. Seite 3

Sepp Klasen MdL stellt ein Beispiel vor, wie eine prominente bayerische Familie ihren Landwirtschaftsbetrieb industrialisieren will. Seite 5

Claus Arndt kritisiert die Rechtspositionen des CDU-Politiker Volker Rühle in der Frage der Oder-Neiße-Grenze. Seite 6

Dokumentation
Der Bund Sozialdemokratischer und Sozialistischer Parteien der Gemeinschaft zur Europawahl. Seite 8

39. Jahrgang / 109

7. Juni 1984

Kohl spricht vom "Putsch" gegen seine Regierung

Denkschemata der Erzreaktionäre prägen sich immer deutlicher aus

Von Rudolf Dreßler MdB
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA)

Die Bundestagsdebatte über den Weltwirtschaftsgipfel in London ist für die Arbeitnehmer in der Bundesrepublik unbefriedigend verlaufen. Die Bundesregierung hat nicht klären wollen, welche Bedingungen für sie international erfüllt werden müssen, damit der "Aufschwung der Gewinne" in der Bundesrepublik zu einem Aufschwung der Beschäftigung wird. Die Bundesregierung ist ferner die Antwort schuldig geblieben, wie sie die allseits bekundete moralische Solidarität mit den Menschen in den Ländern der Dritten Welt umsetzen will in konkrete, monetäre und sachliche wie personelle Maßnahmen zur Behebung des schrecklichen Elends dort.

Der Bundeskanzler hat sich in der sattnsam bekannten Weise mit Floskeln aus Bonn verabschiedet und auf den Flug nach London gemacht. Sein Bundeswirtschaftsminister, der Gewerkschaftsfeind Lambsdorff, blieb blaß - weil er national wirtschaftspolitisch außer seiner Arbeitnehmer-Schinder-Ideologie nichts zu bieten hat und daher erst

Verlag:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10/217
5300 Bonn 2

Verpflichtung
an Umwelt und
Klimaschutz



recht international nichts beisteuern kann. Es ist überhaupt erstaunlich, wie lange der Wirtschaftsminister die Öffentlichkeit über seine wahren Fähigkeiten auf wirtschaftspolitischem Gebiet täuschen konnte.

Freilich: Kurz vor dem London-Trip hat der Bundeskanzler in Cloppenburg auf einer Veranstaltung seiner Partei klargelegt, daß er die Schuldigen bereits kennt, sollte selbst sein "Aufschwung der Gewinne" am Ende wie eine Nebelfahne zerflattern. Die Sozialdemokraten feuerten die "Radikalen" in den Gewerkschaften an und beiden liege daran, den Aufschwung zu stören, meinte Kohl. Damit werde zum dritten Mal nach erzwungener Bundestagswahl und der Auseinandersetzung über die Stationierung gegen seine Regierung "geputzt".

Kanzler Kohl hat mit diesen Worten allen Dunst hinweggefegt, den sonst seine Politik umgibt und noch während der Bundestagsdebatte über London umgeben hat. Der Kanzler denkt in Putsch- und Verschwörer-kategorien: Auch das ist eine Form der Einstimmung auf den Weltwirtschaftsgipfel. Die Sprache des Bundeskanzlers verrät, daß er sich innerlich auf einen Kriegszustand vorbereitet hat. Überraschen kann dies allerdings niemanden, der nachliest, wie vehement er in den vergangenen Wochen gegen die Gewerkschaften aufgetreten ist, und wie unbeugsam ihm die Gewerkschaften geantwortet haben.

Wir schauen mit einiger Sorge auf diese Form der "Krisenbewältigung" in der Bundesrepublik, und wir sehen mit noch größerer Sorge, daß sich diese Politik in London fortsetzen wird. Es ist im Kern eine Art Kriegserklärung an große Teile der Bevölkerung der Bundesrepublik, und diese könnte in London sehr wohl ausufern zu einer faktischen Kriegserklärung an ganze Teile unseres Erdballes - wenn es den Zustand des unerklärten aber offenen Wirtschaftskrieges gegen die Dritte Welt nicht schon längst gibt.

Den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik kann es nicht gleichgültig sein, wenn sich der Bundeskanzler auf Positionen und eine Sprache versteigt, die - säuberlich analysiert und auch unter historischen Maßstäben gesehen - erzreaktionär sind. Denn es gehört nun Mal zum Rüstzeug der Reaktionäre in der ganzen Welt, die Lösung wirtschaftlicher Probleme darin zu suchen, daß der eine Teil des Volkes, der begünstigt werden soll, dem anderen Teil den sozialen und wirtschaftlichen Krieg erklärt, weil er ausgeplündert und degradiert werden soll. Und dazu gehört dann auch, daß der Widerstand gegen eine unsoziale Verteilungspolitik als "Putsch" diffamiert und ein mögliches Scheitern "Radikalen" angelastet wird.

(-/7.6.1984/ks/va)

+ + +



Kohl vor dem Unfall

Der Bundeskanzler - auf dem Wege des Begreifens?

Von Wolfgang Clement
SPD-Vorstandssprecher

In der Metall- und in der Druckindustrie wird jetzt bei aller Hitze des Streits offenbar endlich und ernsthaft um einen Kompromiß zur Lösung des Konflikts um die Wochenarbeitszeitverkürzung gerungen. Und entsprechend verändert sich augenscheinlich die Haltung des Bundeskanzlers: Er beginnt zu rudern, um den vielleicht doch noch nötigen Anschluß an eine veränderte Streitlage zu finden. Man weiß ja nie...

Das hat es in der Tarifgeschichte der Bundesrepublik noch nicht gegeben: Derselbe Regierungschef, der die Gewerkschaften und ihre Forderungen in unübertrefflich plumper Weise abqualifizierte und der Seite an Seite mit seinem Wirtschaftsminister alles daran gesetzt hat, die falsche Tabu-Haltung der Arbeitgeber noch zu versteifen, womit er die heutigen Arbeitskämpfe mindestens anheizte, wenn nicht mitverursacht hat, redet plötzlich von Wegen der Vernunft und des Kompromisses.

Auf einmal sagt er, es dürfe keine Sieger und keine Besiegten in diesem Arbeitskonflikt geben. Der Mann scheint einen Lernprozeß durchzumachen. Er ist Arbeitnehmer und Unternehmer allerdings schon sehr teuer zu stehen gekommen.

Man kann den sich vorerst nur andeutenden "Umfall in der Wende" dieses Kanzlers nicht treffender als mit den Worten des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden und CDU-Mitgliedes Fehrenbach charakterisieren. "Ich zweifle manchmal am Verstand der CDU", sagte Fehrenbach, wobei er sich womöglich nur verkniff, die dazugehörigen Köpfe beim Namen zu nennen. Sie - die CDU - beschreite einen Weg, so Fehrenbach weiter, "der den sozialen Frieden erheblich gefährdet", nämlich - so muß man hinzufügen -, weil sie den Konflikt um Arbeitszeitverkürzung in einer Weise einseitig politisierte, daß sie sich nun die ökonomischen und gesellschaftspolitischen Folgen von Streik und Aussperrung zurechnen lassen muß.

Daß allerdings in der CDU "einige" dabei seien, "umzudenken", ist auch zutreffend. Spät, aber sie kommen doch. Vorneweg Kurt Biedenkopf. Während die Herren Kohl und Genscher immer noch mit ihren gewerkschafts- und SPD-fresserischen Parolen herumholzen, und während sich der verantwortliche Wirtschaftsminister Lambsdorff mit seinem albernen "IG Druck- und Zensur"-Geschwätz al la Bild längst aus der wirtschaftspolitischen Diskussion ausgeklinkt hat, gehen Einsichtige auch auf CDU-Seite nun dazu über, die sozialdemokratischen Argumente für Arbeitszeitverkürzung zu übernehmen und zu untermauern.



So etwa Meinhard Miegel, Direktor des Biedenkopf'schen Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, in einem Beitrag unter eindeutigen Titel: "Arbeitszeitverkürzung - eine notwendige Operation" (Stern vom 7. Juni).

Miegel bestätigt, daß die Arbeitsplatzverluste durch Rationalisierung in der Vergangenheit nie hauptsächlich durch Wirtschaftswachstum aufgefangen wurden und darum auch in Zukunft so nicht aufgefangen werden können. Die Konsequenz seiner Feststellung - "Hätte sich die Arbeitslosigkeit in den zurückliegenden zehn Jahren mit der gleichen Geschwindigkeit vermindert wie in den 60er und frühen 70er Jahren, (gäbe es) heute keine Arbeitslosigkeit" - ist klar: Der durch die fortlaufende Rationalisierung von der Natur der Sache erzwungene Prozeß der Arbeitszeitverkürzung muß dringend fortgeführt werden. Dieser Einstieg in die 35-Stunden-Woche hätte schon in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts beginnen müssen. Dann wäre uns die heutige Arbeitslosigkeit erspart geblieben.

"Eines", so schließt Miegel, "jedoch ist gewiß: Tabukataloge der Unternehmer, Streiks und Aussperrungen sind wenig hilfreich". Wohl wahr - auch in der Reihenfolge der Gründe. Seit 15 Jahren behandelt die Arbeitgeberseite die 40-Stunden-Woche als Tabu. Das hat den Arbeitskampf erzwungen. Natürlich ist ein Kompromiß immer noch möglich, ja: er ist mit Händen zu greifen.

Der Artikel des Biedenkopf-Mitarbeiters Miegel macht erklärlich, warum die Druckparteien Biedenkopf als Vermittler ausguckten. Mehr Erklärungsbedarf haben allerdings die Bundesregierung und ihr Wirtschaftsminister, dem immer noch nichts Besseres einfällt, als eine Gewerkschaft als kommunistische Kaderorganisation zu diffamieren. Der von Kohl gedemütigte Biedenkopf ist in der Lage zu sein, was sein Kanzler der kräftig hohlen Sprüche längst verspielt hat: Ein Vermittler. Wir wünschen ihm Erfolg.

Übrigens: Auch die Forschungsabteilungen der Unternehmen und andere Institute sind gedanklich längst weiter als die in vordergründige Arbeitgeber-Argumente verbohrt Bundesregierung. Das Volkswagenwerk hat eine Studie erarbeitet, derzufolge VW im Jahr 2000 30.000 Mitarbeiter weniger haben wird, wenn die 40-Stunden-Woche bleibt. Aber unter der Voraussetzung, daß im Jahr 2000 die 30-Stunden-Woche erreicht wird, können bei VW "circa 20.000 zusätzlich gesichert" werden (vergleiche "Spiegel" 22/84). Und auch die Studie der Prognos AG "Die Bundesrepublik 1985 - 90 - 2000" kalkuliert nicht nur, sondern geht schlicht und einfach davon aus, daß 1991 die 36-Stunden-Woche verwirklicht ist. Das heißt ja wohl: Die Forscher rechnen fest damit, daß der Prozeß auch der Wochenarbeitszeitverkürzung schrittweise wieder in Gang kommt.

(-/7.6.1984/ks/va)

+ + +



Der verhängnisvolle Weg zur "Tierfabrik"

Eine prominente bayerische Bauernfamilie exerziert eine umstrittene Methode vor

Von Sepp Kiasen MdL

Der Vater ist Landwirtschafts-Staatssekretär und spricht gerne von bäuerlicher Landwirtschaft: Er heißt Simon Nüssel. Der Sohn fungiert als Vorsitzender der Bayerischen Jungbauernschaft und ist Landwirt: Manfred Nüssel. Dieser Manfred Nüssel hat einen Schweinemastbetrieb mit rund 1.000 Stellplätzen. Das bedeutet: Er liegt noch knapp unter der Grenze, die die Bundesregierung steuerrechtlich zwischen als landwirtschaftlich geltender Tierproduktion und gewerblichen Tierbeständen ziehen will. Nun möchte die Familie Nüssel erweitern; 3.000 Mastschweine pro Jahr reichen offensichtlich nicht. Um aber künftig nicht plötzlich vom Bauern zum gewerblichen Tiermäster aufzusteigen - vor allem in der Steuerbewertung - ist es notwendig, auf die Bestandsobergrenzen zu achten. Also beantragt die Ehefrau des Jungbauern, Gerlinde Nüssel, eine Genehmigung für eine Schweinemastanlage mit rund 400 Plätzen. Rechtlich wird es keine Probleme geben: Schließlich sind die Betriebe von Herrn Manfred Nüssel und seiner Ehefrau Gerline Nüssel "rechtlich und tatsächlich getrennt", wie dieser Jungbauer per Rechtsanwalt der Katholischen Landjugendbewegung mitteilen ließ. Die Katholische Landjugend hatte eben dieses Beispiel "mustergültiger" bäuerlicher Landwirtschaft kritisch aufgegriffen.

Ich bin betroffen, weil durch eine Aufteilung innerhalb einer Familie die Obergrenzen für landwirtschaftliche Tierbestände unterlaufen werden. Und vor allem fürchte ich, daß dieses Beispiel Schule macht: Schließlich wird es von Angehörigen eines doch recht exponierten bayerischen Landwirtschaftspolitikers, nämlich des Landwirtschafts-Staatssekretärs Simon Nüssel, vorexerziert. Von der Staatsregierung will ich daher wissen, ob sie eine Möglichkeit sieht, dieser besonderen Art von bäuerlichem Familien-Splitting zu begegnen. Meiner Meinung nach hat das hier praktizierte Vorgehen recht wenig mit landwirtschaftlicher Tierproduktion, dafür viel mehr mit einer Tierfabrik zu tun, auch wenn es nach den Bestimmungen vielleicht noch anders deklariert wird. Denn, wenn jeder Übergroße Tiermäster auf die Idee kommt, seinen Betrieb "rechtlich und tatsächlich getrennt" auf diverse Familienmitglieder aufzuspalten...

(-/7.6.1984/ks/va)

+ + +



Wie man deutsche Interessen nicht wahren kann

Zum Besuch des CDU-Politikers Volker Rühle in Warschau und seinen Rechtspositionen

Von Dr. Claus Arndt

Vor wenigen Tagen besuchten der für Außenpolitik zuständige stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Rühle, mit einem CSU-Begleiter Warschau. Rühle hielt dort "in Abstimmung mit dem Bundeskanzler und in seinem Auftrag" vor dem Institut für Internationale Fragen einen Vortrag, in dem der gelehrte Studienrat dort das darlegte, was er für die deutsche Rechtsposition zum Warschauer Vertrag und zur Oder-Neiße-Grenze hält. Dabei versuchte er einmal, diesen Vertrag auch hinsichtlich seiner Grenzfeststellung in Artikel I zum bloßen Gewaltverzichtsabkommen zurückzustufen und behauptete zugleich, nach dem Verfassungsrecht der Bundesrepublik bestehe das Deutsche Reich in den Grenzen vom 31. Dezember 1937, die er als völkerrechtlich anerkannt bezeichnete, fort. Rühle meinte schließlich, dies alles komme auch in der gemeinsamen Entschließung aller damals im Bundestag vertretenen Parteien zum Ausdruck.

Wenn dies tatsächlich die deutsche Rechtsposition wäre, dann hätte sich Polen 1972 beim Abschluß des Warschauer Vertrages getäuscht sehen dürfen. Und so nimmt es nicht Wunder, wenn alle maßgeblichen polnischen Gesprächspartner der beiden CDU/CSU-Abgeordneten in Warschau ihre vorher zugesagten Verabredungen zurückzogen. Aber Rühles verfassungsrechtlichen Ausführungen entsprechen der Lage der Bundesrepublik nach unserem Grundgesetz damals so wenig wie heute. Hier wurden wieder einmal absichtsvoll oder nicht die Begriffe der Wiedervereinigung des deutschen Volkes, des Gewaltverzichts, die Frage der Grenzen und des Fortbestandes des deutschen Staates in unzulässiger und rechtlich nicht haltbarer Weise miteinander vermengt.

Demgegenüber ist festzuhalten, daß die Bundesrepublik Deutschland mit Artikel I des Warschauer Vertrages die uneingeschränkte und rechtlich verbindliche Feststellung getroffen hat, nach der die Oder-Neiße-Linie die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet. Diese Verpflichtung wurde entsprechend dem Grundgesetz mit Billigung von Bundestag und Bundesrat in freier Entscheidung übernommen. Sie bindet die Bundesrepublik völkerrechtlich, solange diese als solche besteht, und sie ist durch das Ratifikationsgesetz innerstaatliches Recht geworden. Die Grenzfrage zu Polen



ist daher insoweit für die Bundesrepublik rechtlich nicht mehr offen. Erst Verfassungsorgane eines nach der Wiedervereinigung des deutschen Volkes gebildeten gesamtdeutschen Staates wären theoretisch nicht an diese Feststellung gebunden. Doch jedermann weiß, daß es eine Wiedervereinigung in einem einheitlichen Staat politisch niemals nur geben wird, wenn auch dieser die Oder-Neiße-Linie als endgültige polnische Westgrenze anerkennt.

Wer demgegenüber einen deutschen Rechtsanspruch auf die Grenzen vom 31. Dezember 1937 behauptet, der muß wissen, daß er damit das Gewicht der Sowjetunion in Ost- und Mitteleuropa stärkt - ob er das will oder nicht. Zumindest muß er sich den Vorwurf gefallen lassen, er arbeite just den Kräften in Polen in die Hand, die auch ihrerseits an Verständigungsgesprächen mit Deutschen in der Bundesrepublik wenig Interesse haben.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß der seit 1867 kontinuierlich fortbestehende deutsche Staat unabhängig von seinen Grenzen existiert, die seither häufig geändert wurden (zum Beispiel 1871, 1919, 1935). Aus gutem Grund erwähnen daher auch weder der Text des Grundgesetzes noch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag mit der DDR auch nur mit einem Wort seine Grenzen. Sie hätten dies auch gar nicht tun können, denn einmal fehlte dem Grundgesetz dazu die erforderliche demokratische Legitimation von allen Deutschen (also auch den in der DDR lebenden) und zweitens der Bundesrepublik insoweit auch die Souveränität, da die Westmächte sich im Deutschlandvertrag alle friedensvertraglichen und damit alle Aussagen über Grenzen besatzungsrechtlich vorbehalten haben.

Die Frage der deutsch-polnischen Beziehungen und der Aussöhnung beider Völker ist eine zu wichtige Angelegenheit, als daß man sie einer solch dilettantischen Handhabung überlassen dürfte wie bei dem Besuch der beiden CDU/CSU-Abgeordneten in Polen (die sich noch dazu auf einen Auftrag des gegenwärtigen Bundeskanzlers beriefen).

(-/7.6.1984/ks/va)

+ + +



DOKUMENTATION

Die Vorsitzenden des Bundes der Sozialdemokratischen und Sozialistischen Parteien der Gemeinschaft haben am 1. Juni in Brüssel einen Wahlauftrag zur Europawahl beschlossen. Der Auftrag im Wortlaut:

1. Die gegenwärtige Lage verlangt mehr als je zuvor nach aufeinander abgestimmten internationalen Maßnahmen.

Wir europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten haben als einzige eine echte Alternative zur konservativen Politik der Deflation, der Rezession und der Massenarbeitslosigkeit.

Bei diesen europäischen Wahlen haben die Bürger die Wahl zwischen einer sozialistischen Politik für Beschäftigung, Frieden und Freiheit und der Fortsetzung einer konservativen Politik, die sich in zahlreichen Ländern als unfähig erwiesen hat, einen Weg aus der Krise zu finden.

2. Wir europäischen Sozialdemokraten und Sozialisten sind immer auch Internationalisten gewesen. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, daß nur in der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament Abgeordnete aus allen Mitgliedstaaten der Gemeinschaft sind. Unsere immer stärker werdende Zusammenarbeit wurde noch dadurch unterstrichen, daß wir zum ersten Mal ein gemeinsames Wahlprogramm auf dem 13. Kongreß des Bundes in Luxemburg angenommen haben.

Dieses Programm konzentriert sich auf folgende Schwerpunkte: Arbeit und soziale Sicherheit, die Wahrung des Friedens, der Sicherheit, der Verteidigung der Freiheit und der Menschenrechte.

3. Alle Parteien unterstützen gemeinsam eine Wirtschaftskonzeption für einen "Europäischen Weg aus der Krise", der konkrete Maßnahmen für einen Wirtschaftsaufschwung, eine Umstrukturierung und eine Umverteilung der Arbeit und der Einkommen vorsieht.

4. Der Kampf um Arbeitsplätze ist mehr denn je unser absolut vorrangiges Ziel.

Mehr als 13 Millionen Arbeitnehmer finden gegenwärtig keine Arbeit mehr. Dies bedroht nicht nur die am meisten Benachteiligten in unserer Gesellschaft, sondern auch den Fortbestand unserer Demokratie. Die Unzufriedenheit kann zu Hoffnungslosigkeit führen und den Nährboden für eine gesellschaftliche Entsolidarisierung, für Fremdenhaß und Antiparlamentarismus bilden.

5. Öffentliche Investitionen müssen eine Schlüsselrolle für die wirtschaftliche Wiederbelebung spielen. Deshalb unterstützen wir den vom Europäischen Gewerkschaftsbund gemachten Vorschlag zugunsten einer koordinierten Investitionspolitik der europäischen Mitgliedstaaten der OECD, wobei ein Prozent des BSP aller beteiligten Länder erreicht werden soll.

6. Wir sind davon überzeugt, daß eine Politik der wirtschaftlichen Wiederbelebung eine aktive Beschäftigungspolitik erfordert. Diese muß eine Umverteilung der Arbeit umfassen, die auf verschiedene Weise geschehen kann, durch:



- die Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden,
- die Herabsetzung des Rentenalters,
- die Verlängerung des Jahresurlaubs,
- die berufliche Fort- und Weiterbildung.

Wir unterstützen die Gewerkschaften in ihrem gegenwärtigen Kampf für die 35-Stunden-Woche und mehr Arbeitsplätze.

7. Die Verwirklichung eines selektiven und programmierten Wirtschaftsaufschwungs macht eine Umstrukturierung unserer Volkswirtschaften durch die Modernisierung der Industrieanlagen notwendig und muß auf der Weiterentwicklung der Forschung und des Einsatzes neuer Technologien beruhen. Diese Umstrukturierung darf jedoch nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer erfolgen, sondern muß von sozialen Maßnahmen begleitet werden.
8. Europa muß von den Folgen der Hochzinspolitik der Vereinigten Staaten und von dem hohen Wechselkurs des Dollars unabhängiger werden.
Nach unserer Ansicht ist die Währungsstabilität ein wichtiger Faktor des wirtschaftlichen Aufschwungs und einer größeren Unabhängigkeit von den Vereinigten Staaten. Es ist wesentlich, daß die Mitgliedstaaten das Wirtschaftswachstum durch eine gemeinsame Währungspolitik unterstützen und dadurch zu einer Übereinstimmung der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder im Hinblick auf die wirtschaftliche Wiederbelebung beitragen.
9. Die Europäische Gemeinschaft als eine Kraft des Friedens, der Demokratie und des Fortschritts in der Welt, muß bereit sein, anderen demokratischen Staaten unseres Kontinents offenzustehen. Unser Ziel ist es, daß Spanien und Portugal nach umfassenden Verhandlungen, die mit dem Willen zu ausgewogenen Lösungen unter Berücksichtigung der wechselseitigen Interessen geführt werden, der Gemeinschaft zum 1. Januar 1986 beitreten können.
10. Unsere Entwicklungspolitik und Zusammenarbeit mit der Dritten Welt muß ausgebaut und verstärkt werden. Europa muß Initiativen ergreifen, um den Kapitaltransfer in die Dritte Welt in nennenswerter Weise zu fördern. Die finanziellen Mittel der Gemeinschaft für die Entwicklungsländer im Rahmen des Lomé-III-Abkommens sollten zumindest einen Inflationsausgleich enthalten. Solange die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sich weigern, ihre Verantwortung in diesem Bereich zu übernehmen, müssen die europäischen Länder eigene Initiativen ergreifen, um aus der Sackgasse des Nord-Süd-Dialogs herauszukommen.
11. Zur Verwirklichung unserer Politik ist die Erhaltung des Friedens eine unabdingbare Bedingung. Wir sind übereinstimmend der Meinung, daß europäische Initiativen dazu beitragen müssen, den Stillstand in den Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion zu überwinden.
12. Wir kämpfen für den Fortschritt. Aber der Fortschritt hat für uns nur dann einen Sinn, wenn er mit dem Ausbau der sozialen Gerechtigkeit, des Rechts auf Selbstbestimmung, der Emanzipation und des Verantwortungsbewußtseins eines jeden Volkes und eines jeden Bürgers im Interesse der Allgemeinheit einhergeht.

Die französischen Sozialisten und die französische Regierung haben unter der Führung Mitterrands während der französischen Präsidentschaft eine besondere Verantwortung, um Europa aus der Krise zu helfen.

Zur Verwirklichung unserer Ziele müssen mehr Sozialdemokraten und Sozialisten ins Europäische Parlament kommen und dort zur politisch bestimmenden Kraft werden.

Jede Enthaltung bei den Europawahlen stärkt nur die konservativen Kräfte.

Beteiligen Sie sich deshalb an den Wahlen und geben Sie ihre Stimme den Sozialdemokraten!

(-/7.6.1984/ks/va)

+ + +

